

Die Stadt Heilbronn und ihre Tochter Stadtsiedlung könnten die großen Herausforderungen im Wohnungsbau nicht alleine schultern. Auch private Investoren und Baugenossenschaften seien gefordert und dürften sich nicht länger dem Bau von öffentlich geförderten Wohnungen für weniger gut betuchte Bürger entziehen. Zudem seien wegen der Wohnungsnot auch Umlandgemeinden gefordert.

Dieser Appell wurde gestern bei der Vorlage des städtischen Wohnbau-Aktionsprogramms im Gemeinderat laut. Wie die *Stimme* bereits am Dienstag berichtete, wird die Zahl der Bürger bis 2030 wohl um rund 5000 auf 130 000 wachsen, der Bedarf an Wohneinheiten von 61 000 auf 65 000. Der zusätzliche Bedarf liege bei 470 bis 530 neuen Einheiten pro Jahr. Die Stadt reagiert darauf zunächst mit dem Bau von mindestens 2000 neuen Wohneinheiten bis 2020, das sind 810 mehr als bereits vorgesehen waren.

**Grundsätze** Zur Einführung einer vor allem vom Netzwerk Wohnen – gestern nochmals mit Transparentgeforderten Quote für geförderte Wohnungen kam es in der Sitzung nicht. Wie Oberbürgermeister Harry Mergel und Liegenschaftsamtseiter Helmut Semenass ausführten, käme das Thema Ende 2016 auf den Tisch, zusammen mit „baulandpolitische Grundsätzen“, die eine Arbeitsgruppe zunächst verwaltungsintern, danach mit Räten und Externen entwerfen werde.

**Debatte** Der Einwohnerzuwachs resultiere aus der „bundesweit außergewöhnlich dynamischen Entwicklung“ Heilbronns, aber auch aus dem Flüchtlingszustrom, erläuterte SPD-Stadtrat Rainer Hinderer. Er begrüßte, dass die aus 40 Standorten kurzfristig ermittelten neun Neubauareale im Innenbereich liegen, wobei er in manchen Stadtteilen „noch nicht alle Potenziale ausgeschöpft“ sieht. Gerade am Stadtrand seien „mit Augenmaß auch ökologische Aspekte“ zu beachten.

Ein am Bedarf orientierter Markt mit bezahlbaren Wohnungen ist eine Voraussetzung für eine „ausgewogene Stadtgesellschaft“. So laute



Wohnraum ist knapp. Die Stadtsiedlung investiert bis 2020 knapp 80 Millionen Euro, kann aber den Bedarf nicht alleine decken.

Foto: Fotoschlick/Fotolia

# Stadt kann sozialen Wohnungsbau auf Dauer nicht alleine schultern

**HEILBRONN** Gemeinderat würdigt und kritisiert Aktionsprogramm:  
*Appell an Privatinvestoren und Genossenschaften – Entscheidung über Quote vertagt*

der Kernsatz des Aktionsprogramms, befand Susanne Bay (Grüne). Beruhigend sei, dass das Baulandpotenzial über 2030 hinaus reiche. Vor allem im erstmals genannten Nonnenbuckel zwischen Freibad und Klinikum am Gesundbrunnen sah sie „eine große Entlastung“, gerade mit Blick auf den zunehmenden Bedarf an kleinen Wohnungen. Dass man mit der Quotenfrage noch nicht weiter sei, bedauerte Bay. Sie

lobte in diesem Zusammenhang die Stadtsiedlung, die einen Sozialanteil von 30 bis 40 Prozent habe.

Anders als der OB und die meisten Kollegen sah Alexander Throm (CDU) in dem Programm „keinen Meilenstein“, sondern nur eine Forcierung von Bebauungsplanverfahren plus einem neuen Baugebiet. Eine Sozial-Quote nannte er „möglicherweise kontraproduktiv“, weil Investoren ins Umland abwandern

könnten. Auch Nico Weinmann (FDP) hielt von einer „generellen Quote wenig“. Um zusammen mit Fördergeldern von Bund und Land die Herausforderungen schultern zu können „brauchen wir im sozialen Bereich neben der Stadtsiedlung auch Privatinvestoren“. Allerdings dürften Bauwillige nicht durch bürokratische Hürden und Vorschriften abgeschreckt werden. Dies betonte auch Alfred Dagenbach (Pro).

Heiner Dörner (FWV) fürchtete, dass „Zahlen und Szenarien“ wegen Unwägbarkeiten wie der Flüchtlingsentwicklung bald überholt sind. Fest stehe: „Wir müssen uns verstärkt um bezahlbaren Wohnraum kümmern.“ Birgit Brenner (Bunte Liste) machte auf die „Fehlbelegung“ von geförderten Wohnungen aufmerksam. Sie forderte eine Abgabe, die dem eigentlichen Zweck zugute kommen könnte.